

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 51 (1959)
Heft: 12

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vielfache Funktionen der öffentlichen Wirtschaft

Eine sehr beachtliche Stellungnahme der westdeutschen Gewerkschaft Oeffentliche Dienste, Transport und Verkehr (OeTV) zum Problem der öffentlichen Wirtschaft veröffentlicht die in Berlin erscheinende Zeitschrift *«Die öffentliche Wirtschaft»* in Heft 3 ihres VIII. Jahrgangs. Die Gewerkschaft OeTV erklärt in dieser Stellungnahme, weshalb sie eine besondere Forschungsstelle für die Probleme der öffentlichen Wirtschaft (Abteilung Wirtschaft und Verkehr) eingerichtet hat:

«Die zunehmende Verschärfung des Gegensatzes zwischen zwei möglichen Wirtschaftsformen macht es notwendig, die Vorzüge der öffentlichen Gemeinwirtschaft methodisch und sachlich zu untermauern. In der Bedarfswirtschaft ist die Deckung des Bedarfs vorrangig, nicht der Gewinn. Die Bedarfswirtschaft muß auch dort auftretende Bedürfnisse befriedigen, wo diese wirtschaftliche Tätigkeit nicht rentabel ist... Es geht nicht nur um die Strom-, Gas-, Wasser- und Verkehrsversorgung, sondern auch um die Stadtreinigung, Müllabfuhr und sonstige lebensnotwendige Wirtschaftsaufgaben. Die öffentliche Wirtschaft muß alle diejenigen Aufgaben erfüllen, die im öffentlichen Interesse liegen. Sie muß bestimmte wirtschaftliche Tätigkeiten nur deshalb ausüben, damit Marktmonopole und Zusammenballungen wirtschaftlicher Macht verhindert werden. Die öffentliche Wirtschaft soll auch koordinierend tätig sein... Die Untersuchungen der Abteilung Wirtschaft und Verkehr haben für nahezu alle Betriebe der öffentlichen Wirtschaft ergeben, daß trotz der besonderen Belastungen diese Betriebe ihre Produktivität nicht selten stärker und besser erhöht haben als die meisten Betriebe der privaten Wirtschaft. Die Ursache dafür liegt in dem fortdauernden Zwang zur Rationalisierung, ohne die die Bedarfsdeckung nicht pflichtgemäß hätte erfüllt werden können.»

Die Stellungnahme der OeTV weist dann weiter darauf hin, daß «der Schwerpunkt der Aufgaben der öffentlichen Wirtschaft in ihrem stimulierenden Einfluß» liegt: «Wenn ein Wirtschaftsgebiet durch Verkehrsanlagen, durch Versorgungsanlagen, durch Kanalisation und andere Voraussetzungen nicht aufgeschlossen ist, dann kann sich in diesem Gebiet die private Wirtschaft nicht entfalten... Man könnte die Betriebe der öffentlichen Wirtschaft als Initiatoren der Privatwirtschaft ansehen. Sie sind in einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik das beste Instrument der Wirtschaftsförderung.»

Diese Erkenntnisse gelten in besonderem Maße für die Bestrebungen eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses in Europa: «Die Anhebung des Lebensstandards in Europa ist nur denkbar, wenn zurückgebliebene Produktionsbereiche durch rationelle Produktionsmittel modernisiert werden... Die Ueberwindung der Produktivitätsrückstände in Europa hängt davon ab, in welchem Maße und in welchem Tempo Energie- und Verkehrsanlagen sowie Wasserwerke aufgebaut werden können. Aber alle diese Initiativaufgaben können nur durch die öffentliche Gemeinwirtschaft erfüllt werden, weil das Risiko teurer Vorleistungen nur von der Gemeinschaft getragen werden kann.»

Aus diesen hier nur knapp skizzierten Erkenntnissen zieht die Gewerkschaft OeTV in Uebereinstimmung mit der Internationalen Föderation der Gewerkschaften des Personals öffentlicher Dienste und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation vier Folgerungen:

«1. Der zu erwartende ungeheure Investitionsbedarf des neuen Europa darf nicht, wie bisher, in vielen nationalen Wirtschaften üblich, allein auf den Schultern der Arbeitnehmer liegen.

2. Die Frage des Nachwuchses an geeigneten Praktikern, Technikern und Wissenschaftlern für die öffentliche Bedarfswirtschaft muß mit der Frage der

Investitionen gleichrangig behandelt werden.

3. Alle Aufgaben können nur erfüllt werden, wenn die allgemeinen Lebensbedingungen, der Gesundheitsschutz und die wirtschaftliche und soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in der öffentlichen Gemeinwirtschaft besser gestaltet werden als es bisher erreicht werden konnte.

4. Die Verwirklichung der Gemeinwirtschaft hängt wesentlich davon ab, daß die in der öffentlichen Bedarfswirtschaft tätigen Kolleginnen und Kollegen bei der Gestaltung der Gemeinwirtschaftspolitik mitberaten und mitbestimmen können.»

«Der Verbraucher»,

die Zeitschrift des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften und der Einkaufsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften, veröffentlicht in ihrer Nr. 44 ein außerordentlich interessantes Interview mit J.W. Ames, dem Leiter des Internationalen Büros des schwedischen Genossenschaftsverbandes *Kooperativa Förbundet*. Ames ist ein Spezialist für die Förderung des Genossenschaftswesens in den Entwicklungsländern. In diesem Interview berichtet er vor allem über die Situation in *Tunis*, das er genau kennt und wo er als Berater der Regierung Bourguiba für die Entwicklung eines weitverzweigten Genossenschaftswesens wirkt. Ames weist darauf hin, daß in *Tunis* — wie in den meisten Entwicklungsländern — abgesehen von wenigen, im Rahmen der Agrarreform modernisierten landwirtschaftlichen Musterbetrieben der Boden noch heute in mittelalterlicher Weise bestellt wird. Die Ernte und ihre Verwendung erfolgt völlig planlos, und die Bauern kommen nicht von allein auf die Idee, daß mit wohlüberlegter Planung ganz andere Resultate erzielt werden könnten.

Ames stellt nun fest, daß mit Hilfe von Kreditgenossenschaften und landwirtschaftlichen Genossenschaftseinrichtungen die Ertragsfähigkeit des Bodens um das Vier- bis Zehnfache gesteigert werden könnte. Natürlich ist es nicht leicht, die einheimische Be-

völkerung für moderne Arbeitsmethoden zu gewinnen; Ames konstatiert aber aus reicher Erfahrung, daß diese Menschen für den genossenschaftlichen Gedanken gewonnen werden können, wenn sie ihn in praktischer Form erleben. Darum werden in *Tunis* mit Hilfe von Kreditgenossenschaften Siedlungen — in mancher Hinsicht nach dem Vorbild der israelischen Kibuzim — errichtet, die den Siedlern das Gefühl einer Lebensgemeinschaft geben. Die schwedische Organisation bildet ferner in Stockholm Tunesier aus, die dann als eine Art Instruktoren in *Tunis* für den Genossenschaftsgedanken arbeiten.

Besonders bemerkenswert ist, daß Ames auf Grund seiner reichen Erfahrungen in Tunesien und andern Entwicklungsländern (demnächst beginnt er seine Bemühungen für den genossenschaftlichen Aufbau in Aegypten) zu der Ueberzeugung gekommen ist, «daß für diese Länder und ihre Menschen keine andere Wirtschaftsform so vielversprechend ist wie die genossenschaftliche. Das Genossenschaftswesen hat sich bewährt als Element einer neuen Ordnung. Es bringt alle Voraussetzungen, diese Völker einem neuen Arbeits- und Lebensrhythmus zuzuführen und ihnen damit den Aufstieg und die innere, das heißt vor allem wirtschaftliche Selbständigkeit zu erleichtern». Voraussetzung für diesen Erfolg der genossenschaftlichen Arbeit ist nach Ames' Ansicht «eine strenge, ganz klare Trennung von Genossenschaftsarbeit und jeglicher Parteipolitik»: «Ich möchte sagen, daß gerade die Genossenschaft, die ja letztlich humanitäre Ziel hat, zwischen dem Kapitalismus und dem Zwangskollektivismus hindurchführt. Darin liegt ihre große Zukunftschance in diesem zum Teil so schwer um ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg ringenden Ländern.»

Kehrseite des Wirtschaftswunders

Der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft hat am 16. Oktober beschlossen, die Gehalts- und Lohnsätze für die Angestellten und Arbeiter der Deutschen Bundespost zum 31. Dezember 1959 zu kündigen; für

die Beamten hat am 21. Oktober der Bundesbeamtenausschuß des DGB erneut die Anpassung der Gehälter an die Lohn- und Preissituation gefordert. Zur Begründung dieser Beschlüsse weist das Gewerkschaftsblatt *«Deutsche Post»* (Nr. 21, 5. Nov. 1959) in seinem Leitartikel darauf hin, daß über 85 Prozent der Gehalts- und Lohnempfänger bei der Deutschen Bundespost mit ihren ausgabefähigen Einnahmen unter dem Durchschnitt aller Verbraucher liegen. Anschaulich wird diese Kehrseite des deutschen Wirtschaftswunders geschildert:

«Ueber 80 Prozent von rund 133 000 Arbeitern bei der Deutschen Bundespost haben ohne Kindergeld ein Nettoeinkommen unter 350 DM monatlich. Sie zählen, sofern keine weiteren Einkünfte vorliegen, zu der untern Verbrauchergruppe, die in der Statistik für Rentner und Fürsorgeempfänger geführt wird. Eine Einkellerung von 5 Zentner Kartoffeln führt bei ihnen zu wesentlichen Einschränkungen bei andern Grundnahrungsmitteln. Die 40 DM mehr gegenüber 1958 (infolge der Preissteigerung) stellen vielleicht das Paar Schuhe in Frage, das notwendig gekauft werden sollte. Aber es sind ja nicht nur die Kartoffeln; Gemüse, Milch, Eier, Butter, Fleisch, Miete, Gas, Strom usw. belasten mit den schleichenden Preiserhöhungen die Haushaltsführung. Täglich aber wird auch dieser Arbeiter als Käufer umworben: Keine Küche ohne Kühlschrank — Wasche leichter mit einem Waschautomat — Ein gemütliches Heim nur mit Fernsehen usw. Für ihn ist jedoch die Schuhreparatur, eine Hose oder der neue Wintermantel eine Anschaffung, die sorgfältig zu überlegen ist. Er muß auf das optimistische Lächeln seines Wirtschaftsministers auf dem Fernsehschirm verzichten, gerade er, der es doch so notwendig hätte, aufgemuntert zu werden. Um ihm und seiner Familie zu helfen, muß man schon 40 DM im Netto zulegen; das entspricht einer Lohnerhöhung von mindestens 12 Prozent.»

Hinweise

Zum Problem der Frauenarbeit verweisen wir auf zwei sehr instruktive Aufsätze, die *Helge Proß* kürzlich publiziert hat: «Die Frau in der heutigen Gesellschaft» (*«Die Welt der Frau»*, Heft 7) und «Bemerkungen zur Erwerbsarbeit von Müttern» (*«Deutsche Rundschau»*, Heft 8).

Die *«Deutsche Rundschau»* veröffentlichte in den letzten Monaten einige Aufsätze, auf die wir unsere Leser besonders hinweisen möchten. In Heft 9 äußert sich *Harry Proß*, der ausgezeichnete Redakteur der Zeitschrift, über «Deutschland und Polen — 1919, 1939, 1959» und *Wilhelm Sternfeld* schreibt an Hand bisher unbekannter Dokumente über «Kaiserin Friedrich und Karl Marx». In Heft 10 lasen wir den besten uns bekannten Gedenkartikel für Carl von Ossietzky, aus der Feder des Dichters *Walter Mehring*. Heft 11 ist ein Englandheft, aus dem wir die Aufsätze «Großbritannien und die deutsche Wiedervereinigung» (*Sir Kirkpatrick*), «Die Entwicklung des Commonwealth» (*Nicholas Mansergh*), «Großbritannien, das Commonwealth und der europäische Freihandel» (*Sir Oscar Hobson*) und «Die Rolle der Opposition in Westminster» (*Clement Attlee*) hervorheben; zahlreiche kürzere Beiträge und Besprechungen zur neueren englischen Dichtung und zur Englandliteratur erhöhen den Wert des Heftes.

Die *«Schweizer Monatshefte»* legen ihr Novemberheft im Umfang von 160 Seiten als Sonderheft zum Thema «Föderalismus in der heutigen Welt» vor; sachkundige Mitarbeiter untersuchen u. a. Erfolge und Schwächen des deutschen Föderalismus, den neuzeitlichen Föderalismus in den USA, den Föderalismus in Indien, die Bundesstaaten im Britischen Commonwealth, die Zukunft des Föderalismus in Britisch-Afrika und die arabischen Einigungsbestrebungen; sehr wertvoll ist eine umfangreiche Bibliographie der wichtigsten Literatur zum Föderalismus seit 1945. *Walter Fabian*, Zürich.

«Gewerkschaftliche Rundschau», Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Redaktor: Giacomo Bernasconi, Monbijoustraße 61, Bern, Telefon 5 56 66, Postcheckkonto III 2526. Jahresabonnement: Schweiz Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.—; für Mitglieder der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände Fr. 6.—. Einzelhefte Fr. 1.25. Druck: Unionsdruckerei Bern.